Berichtsvorlage
SÖR/046/2026

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Stadtrat	17.06.2026	öffentlich	Bericht

Betreff:
Bürgerentscheid Frankenschnellweg
hier:
gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen der CSU und SPD vom 20.05.2026
gemeinsamer Antrag der Piraten&Humanisten, politbande, Tierschutzpartei und Linke Liste vom 01.06.2026
Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen - Volt vom 27.05.2026

Anlagen:
gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen der CSU_SPD vom 20.05.2026
gemeinsamer Antrag der Piraten&Humanisten, politbande, Tierschutzpartei und Linke Liste vom 01.06.2026
Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90_Die Grünen - Volt vom 27.05.2026
Stellungnahme SÖR
Weitere Anlagen_Unterlagen zum TOP 3 aus dem AfV vom 26.06.2025

Bericht:

Die CSU- und SPD-Fraktion haben am 20.05.2026 den Antrag gestellt. In diesem wird die Verwaltung beauftragt, eine verstärkte Information der Bürgerschaft über den geplanten kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs im Vorfeld des Bürgerentscheids durchzuführen, insbesondere über Ziele, Planungen und die Auswirkungen einer Entscheidung für den Stopp des Projekts zu informieren.

In ihrem gemeinsamen Antrag fordern Piraten&Humanisten, politbande, Tierschutzpartei und Linke Liste, dass die Kommunikation der Stadt Nürnberg zum Bürgerentscheid über den kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs am 28.06.2026 neutral und ausgewogen zu erfolgen habe. Der Antrag bezieht sich konkret auf den gemeinsamen Antrag der Stadtratsfraktionen von CSU und SPD vom 20.05.2026.

Daneben erfolgt ebenso die Beantwortung des Antrages der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.- Volt. In diesem wird die Verwaltung aufgefordert, die Bürgerschaft im Vorfeld des Bürgerentscheids zum kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs am 28. Juni 2026 zu informieren; der Fokus soll dabei auf der Vorstellung geprüfter Alternativvarianten sowie einem Vergleich der städtischen Planung mit Alternativen liegen.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☒ Nein

☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Informationen zum Projekt sowie zum Bürgerentscheid betreffen alle Bevölkerungsgruppen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☒ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐